



Seit 2001 finanziert die Stadt den Kitas nur noch 225 Öffnungstage. Reicht das? Das werden die Eltern gefragt.

FOTOS: FELIX KÖNIG, SCHARFE

Zufrieden mit der Kita? Stadt fragt 7000 Familien

Bildungssenatorin will wissen, wo Eltern der Schuh drückt –
Neu gegründete Elterninitiative sammelt Unterschriften

Von Kai Dordowsky

Lübeck. In 131 Kitas der Hansestadt werden derzeit Fragebögen verteilt, die von allen Kita-Anbietern gemeinsam entwickelt wurden. 7000 Familien sollen damit umfangreich interviewt werden, wie zufrieden sie mit den Einrichtungen sind. Bildungssenatorin Kathrin Weiher (parteilos): „Wir wollen endlich einmal ein Meinungsbild aller Eltern haben.“ Sie sei es leid, „immer angegriffen zu werden“, erklärte Weiher im Jugendhilfeausschuss. Um nicht länger auf die Stimmungsbilder der Elternvertretungen und Politiker angewiesen zu sein, „haben wir eine Befragung an der Basis in Gang gesetzt“, so die Bürgermeister-Kandidatin.

In der anonymisierten Umfrage geht es um die pädagogische Arbeit, die individuelle Förderung der Kinder, die Bewegungsangebote, Sprachförderung, Werteerziehung, die räumliche Situation, das Engagement der Mitarbeiterinnen, aber auch um Öffnungszeiten und die Zahl der Schließtage im Jahr. Bis Ende August können die Eltern die Bögen ausfüllen und zurückgeben. Voraussichtlich im Herbst will Weiher den Trägern und Politikern eine Auswertung präsentieren.

Die jährlichen Schließzeiten, in denen die Kitas ganz dicht sind, bereiten vor allem Familien mit mehre-

ren kleinen Kindern Probleme. Weil die Zeiten von Kitas und Betreuten Grundschulen in der Regel nicht aufeinander abgestimmt sind, müssen manche Eltern nahezu ihren gesamten Jahresurlaub opfern, damit immer jemand bei den Kindern ist. Die Elternvertretungen fordern deshalb eine Vereinheitlichung und Reduzierung dieser Schließzeiten. Auch eine neu gegründete „Elterninitiative für Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ verlangt die Reduzierung der Schließtage auf 20 pro Jahr, von denen höchstens zehn innerhalb der Sommerferien liegen dürfen.

Die Initiative geht von Jenny Scharfe, berufstätige Mutter zweier Kinder, aus. „Mein Mann und ich nehmen zu verschiedenen Zeiten Urlaub, um unsere Kinder während der Schließzeiten zu betreuen“, erklärt Scharfe, „mit Glück haben wir mal eine Woche gemeinsam Urlaub.“ Scharfe hat eine Facebook-Gruppe mit inzwischen 80 Mitgliedern ins Leben gerufen und eine Unterschriftensammlung gestartet. Listen werden in Kitas, Betreuten Grundschulen, Arztpraxen, Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen aufgehängt. Scharfe braucht die Mitarbeit von Eltern, die Listen unter www.kita-eltern-sh.de/kev/luebcke/ herunterladen und ausgefüllte Listen an jenny.scharfe@gmx.net zurückschicken. Bis Anfang September läuft



Gemeinsamer
Urlaub ist
Glücksache.

Jenny Scharfe
(Elterninitiative)

Ausfälle

Zwischen zehn und 15 Prozent betrogen die krankheitsbedingten Fehlzeiten von Betreuungspersonal in den Kitas. Das ergibt eine Auswertung der Monate Januar bis Mai 2017. Bis zu neun Prozent der Kinder wurden nicht so betreut, wie es sein sollte. Gruppen wurden geschlossen, Kinder früher nach Haus geschickt.

die Sammlung, dann wird ausgewertet.

Bislang ist völlig unklar, wie viele Familien tatsächlich Probleme mit den unterschiedlichen Schließzeiten der Kitas und betreuten Grundschulen haben. Bildungssenatorin Weiher berichtete im Jugendhilfeausschuss, dass in den letzten vier Jahren lediglich für acht bis 18 Kinder eine Betreuung sichergestellt werden musste, weil die jeweiligen Kitas geschlossen waren. „Ein Kita in eine andere Kita geben – das tun Eltern nur im absoluten Notfall“, sagt GAL-Jugendpolitikerin Katja Mentz dazu. Einheitliche Schließzeiten für alle Kitas würden von den Kita-Anbietern abgelehnt, erklärt Klaus-Peter Jürgensen, Teamleiter in der Bildungsverwaltung. Eltern von über 10 000 Kindern müssten dann gleichzeitig Urlaub nehmen, was „unabsehbare Folgen für die Unternehmen hätte“. Nicht zuletzt geht es auch um Geld, wenn die Kitas weniger Tage im Jahr dicht machen. Jürgensen: „Jeder zusätzliche Öffnungstag kostet bei den städtischen Kitas 180 000 Euro.“

Die CDU-Politikerin Dagmar Hildebrand schlägt vor, dass in jeder Kita lediglich eine Gruppe durchgängig geöffnet bleiben sollte. So müssten Kinder nicht in eine andere Kita wechseln. Der Jugendhilfeausschuss war sich einig, dass das durchgerechnet werden sollte.